

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags aus-  
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1 M.  
im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen ent-  
gegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das  
Saar u. Mittelgebiet sowie die polnischen Ostsee- u. Vorpommern 20 M.,  
für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 6 M.  
Verkauf, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80.

Die abendseitige Monarchisten- oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich  
Erwerbszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere  
Wort 1.20 M. einschließlich Erwerbszuschlag. Deutsche Anzeigen laut Tarif.  
Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.20 M. netto von Brief. Seiten-Gesuche  
in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.20 M., jedes weitere Wort 1.- M.  
Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Heraus zur Kundgebung!

Die Stunde hat geschlagen, in der die Arbeiterklasse ihren entschlossenen Willen zeigen muß, mit der Reaktion gründlich abzurechnen. In geschlossener Front wird die Arbeiterschaft am Mittwoch antreten, um die Schläge, die die Konterrevolution gegen die Republik vorbereitet, zu parieren.

### Kein Zögern mehr!

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, alle Angestellten und Beamten müssen am Mittwoch durch den gewaltigen Aufmarsch ihrer Massen bekunden, daß sie hinter den Forderungen der sozialistischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen stehen.

Es werden von der USPD sprechen:

Paul Brühl, Arthur Crispian, Wilh. Dittmann, Gustav Eckhardt, Franz Künstler, Richard Küter, Richard Krille, Georg Ledebour, O. Meier, Dr. Moses, Dr. Rosenfeld, Dr. Weyl.

Es werden von der SPD sprechen:

Erwin Barth, Dr. Bendiner, Otto Braun, Jakob Eisemeier, Richard Fischer, Peter Graßmann, Kurt Heinig, Franz Krüger, Heinrich Ströbel, Dr. Zechlin.

## Mittwoch um 4 1/2 Uhr im Lustgarten!

### Die Uebergabe Westungarns

Die Uebergabe Westungarns, das nach dem Friedensvertrag von Trianon an Deutsch-Oesterreich abgetreten werden muß, scheint nicht ohne von ungarischer Seite bewußt herbeigeführte Zwischenfälle vor sich zu gehen. Ungarns Bestreben ging dahin, durch separate Verhandlungen mit Deutsch-Oesterreich die Uebergabe hinauszuschieben, um sie späterhin, unter veränderten Verhältnissen, ganz zu hinterziehen. Deutsch-Oesterreich bestand aber auf der Durchführung des Vertrages. In Ungarn, wo man ohne die deutsch-österreichische Republik nicht sonderlich freundlich gesinnt ist und in ihr so etwas wie „verlappten Bolschewismus“ sieht, wird wegen der festen Haltung Oesterreichs offene Feindschaft gepredigt. Man war drauf und dran, so etwas wie einen „nationalen Widerstand“ zu organisieren. Die Absicht scheiterte aber an der Tatsache, daß Westungarn zuerst an die Kommissare der Entente abgetreten werden mußte, aus deren Macht es dann an Deutsch-Oesterreich übergeht. Trotzdem scheint man in Ungarn die Absicht auf einen bewaffneten Widerstand nicht aufgegeben zu haben. Wie das Kontroll-Bureau aus Wiener Neustadt meldet, ist die Umgebung von Oedenburg von bewaffneten ungarischen Abteilungen besetzt. Nach in Graz vorliegenden Meldungen sind österreichische Gendarmen beim Einmarsch in Westungarn auf bewaffneten Widerstand und trat, entsprechend den Weisungen der Entente-Oberbefehlshaber, den Rückmarsch an die Landesgrenze an. Vor Pinta-Isel eröffnete ein 120 Mann starkes ungarisches Militärdetachement auf die vorrückende österreichische Gendarmenabteilung das Feuer. Der Kommandant der Abteilung wurde durch einen Oberschenschuß verwundet. Auf ungarischer Seite sollen zwei Mann tot und sieben verwundet sein. Die Höhen von Pinta-Isel sind beiderseits besetzt. Gegen die österreichische, bei Bur-berg zu gleicher Zeit vorrückende Gendarmenabteilung wurde eine Handgranate geschleudert und von den Ungarn aus etwa drei bis vier Maschinengewehren und 60 bis 80 Gewehren geschossen. Der Kommandant der Gendarmenabteilung wurde durch einen Schuß schwer verletzt, zwei Gendarmen wurden ebenfalls durch Schüsse verletzt. Nach einer weiteren Meldung ist die aus 32 Mann bestehende Gendarmenabteilung wieder in Westungarn eingedrungen, indem Ententeoffiziere vorangingen.

Diese Zwischenfälle werden von offizieller ungarischer Seite indirekt bestätigt. Es heißt, daß man die Zurückziehung der Soldaten und der Gendarmen „noch in der Schwere“ lasse, da man keine Bürgschaft für wesentliche Forderungen materieller Natur habe. Man entschuldigt sich mit dem Hinweis, daß auch die Räumung des von den Serben besetzt gehaltenen Gebietes noch nicht vollständig beendet sei. Zur endgültigen Regelung der westungarischen Frage kommt alles darauf an, wie die künftigen Verhandlungen zwischen Wien

und Budapest sich gestalten. Der Ausschuh des Neuheren des Wiener Nationalrats fahte einstimmig den Entschluß, an seinem Beschluß vom 13. August, die Verhandlungen mit Ungarn nach erfolgter Uebergabe Westungarns an Oesterreich zu führen, festzuhalten. Der Ausschuh ermächtigte die Regierung, sofort nach ungestörter Uebergabe die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung aufzunehmen, schon heute aber der ungarischen Regierung mitzuteilen, daß Oesterreich den Abschluß des Vertrages anstrebt, in dem das künftige Verhältnis zwischen Ungarn und Oesterreich bereinigt, die Abgrenzungsfragen vorbehaltlich der Zustimmung der Signatarmächte des Friedensvertrages von St. Germain auf Grund der Willensäußerung des burgenländischen Volkes selbst einer eingehenden Lösung zugeführt werden.

### Völkerrundrat und Oberschlesien

#### Ishius Ausführungen vom Völkerrundrat gebilligt

E. E. Genf, 30. August.

Der Völkerrundrat billigte gestern die Ausführungen des Präsidents Ishii, die dieser vor der Versammlung machte, einstim- mig, und den Delegierten wurde das Protokoll über die ober- schlesische Frage übermittelt. Sie werden diese während der Zeit, da die ordentlichen Sitzungen abgehalten werden, zu prüfen haben. Diese ordentlichen Sitzungen des Rates werden unter dem Prä- sidium Wellington Koo's stehen, während Graf Ishii sich den Vor- sitz der außerordentlichen Sessionen, die auf die ober-schlesische Frage Bezug haben, vorbehalten wird.

#### Eine Erklärung Ishius

Paris, 30. August.

Wie die Morgenblätter melden, gab Ishii nach Schluß der Sitzung des Völkerrundrates der Presse eine Erklärung ab. Er sagte: Wie beabsichtigt, bin ich nicht auf eine verteilte Prü- fung der ober-schlesischen Frage eingegangen. Ich habe in der Tat Wert darauf gelegt, dem Rate vollständige Unabhängig- keit in der Beurteilung zu lassen. Wenn ich auf Einzelheiten hätte eingehen wollen, hätte ich unter den unerschöpflichen Dok- umenten, die mir übermittelt wurden, eine Auswahl treffen müssen. Eine solche Auswahl schien mir aber schon parteiisch, und so habe ich vorgezogen, alle Schriftstücke die mir vom Obersten Rat zu- gegangen sind, dem Rate zu übermitteln.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer und Mittwochdemonstration. Die Bundesleitung des „Friedensbundes der Kriegs- teilnehmer“ (gez. Duderstadt) hat an sämtliche Ortsgruppen so- gende Drabingung gerichtet: Ersuchen dringend, geschlossen an Mittwochdemonstrationen gegen politischen Mord — für Repu- blik — teilzunehmen.

### Ein erbärmliches Schauspiel

Wenn der Zentrumsabgeordnete Burlage noch lebte, so würde ihn heute wiederum derselbe Efel packen, wie im November 1918, als sich in den Tagen der Gefahr alle Monarchisten verkrochen und niemand von ihnen mehr den Mut hatte, sich zur Monarchie zu bekennen. Die rechts- stehende Presse, die gestern noch den politischen Mord- mord verherrlicht hat, deren Sehnsucht nach Horthy-Ungarn, dem Lande des weißen Schreckens und des politischen Massen- mordes, gerichtet ist, deren Gesinnungsgenossen in Bayer- Bayern Freiheit und Recht mit Füßen treten: dieselbe Presse stellt sich heute schüchtern vor die republikanische Ver- fassung und verteidigt das freie Recht der Rede! Im „Tag“ meint Herr Friedrich Hufschung, daß der Erlaß der Regierung eine Kartatur auf Freiheit und Gerechtigkeit sei. Er könne nur Kirchhofstraße über Gräbern gemordeten Geistes erstikten Gewissens bewirken. In der „Täglichen Rundschau“ wird geschrieben, daß mit der Diagnose des Reichspräsidenten nur die Rechte getroffen werden solle, trotzdem die Regierung bisher nicht die geringste Unterlage für eine neue nationalistische Revolution erbracht habe. Die „Kreuzzeitung“ behauptet, die Kampfweise der rechtsstehenden Opposition möge manchmal scharf gewesen sein, aber sie habe sich immer in den Grenzen des Anstandes bewegt. Die „Deutsche Tageszeitung“ will ab- wachen, wie sich die Dinge in der Praxis gestalten würden; je stärker der Kaufschuß auf seine Dehnbarkeit beansprucht werde, desto tiefer werde die Erbitterung fressen. Die „Deutsche Zeitung“ aber klagt: „Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, die Grundlage eines jeden modernen Staates, deren Unererschütterlichkeit in der Weimarer Ver- fassung mit besonderem Nachdruck hervorgehoben wird, ist aufgehoben.“

Es wiederholt sich also das jämmerliche Spiel aus jenen Novembertagen, daß die Monarchisten sich feige verkriechen und nicht den Mut der Verantwortung für ihre bisherigen Taten übernehmen wollen. Sie versuchen es jetzt mit der Sammelphoto und glauben erst dann die Krallen ausstrecken zu müssen, wenn die erste Erregung in den breiten Volks- massen abgeebbt sein werde. Inzwischen tröstet sich aber der „Lokal-Anzeiger“ damit, daß nach den Para- graphen 3 und 5 der Verordnung Bestrafungen nur durch ordentliche Gerichte erfolgen könnten. „Schon der erste Schritt auf diesem Wege führt also über den preußisch- deutschen Richter. Wir können in Ruhe abwarten, ob sein Gewissen ihm erlauben wird, von den hier angedrohten Strafen Gebrauch zu machen.“

So schreibt das Blatt wörtlich. Die Reaktion vertraut also darauf, daß die preußisch-deutsche Justiz schon dafür sorgen werde, daß die Verordnung des Reichspräsidenten nur auf dem Papier stehen bleiben werde.

Wenn die bisherigen Verhältnisse in der deutschen Rechts- pflege erhalten bleiben sollten, so würde dieses Vertrauen sicherlich glänzend gerechtfertigt werden. Das aber ist der entscheidende Punkt, auf den es jetzt ankommt. Mit aller Echnelligkeit und Gründlichkeit müssen die national- istischen Schlupfwinkel in Justiz und Verwaltung ausgeräu- chert werden, wenn nicht die Verordnung des Reichsprä- sidenten ein wertloses Stück Papier bleiben soll. Wird nicht die Handhabung der Justiz geradezu klassisch illustriert durch den Fall Ditwig von Hirschfeld? Dieser Mensch wird wegen angeblicher Krankheit aus dem Gefängnis be- urlaubt und niemand will jetzt etwas um seinen Aufent- haltswort wissen. Ins Gefängnis ist er natürlich nicht mehr zurückgeführt; seine Gesinnungsgenossen werden ihn schon längst in Sicherheit gebracht und vielleicht auch die Gelegen- heit gegeben haben, den Mord an Erzberger, der ihm das erstmal mißglückt ist, jetzt zu vollziehen. Seine Gesund- heit dürfte wahrscheinlich ebenso angegriffen sein, wie die des Herrn von Jagow, der es unter dem Beifall der rechtsstehenden Presse seit vielen Monaten wagen darf, die Dame Justitia wie eine Dirne zu behandeln.

Die werttätige Bevölkerung wird sich durch das verächt- liche Zurückweichen der Reaktion in ihren Maßnahmen nicht beirren lassen. Jetzt gilt es, ganze Arbeit zu machen und die innere Verwaltung ebenso wie die Justiz aus Ein- richtungen gegen die Republik zu sicheren Stützen für die Republik umzugestalten. Die Novembertage und die Zeiten des Kapp-Putsch dürfen sich nicht noch einmal wieder- holen. Damals hatte die Arbeiterklasse darauf verzichtet, mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit durchzugreifen. Diese Rücksichtnahme hat sich in den vergangenen Jahren bitter gerächt. Sie hat Opfer auf Opfer gefordert, zu Tausenden sind die Besten aus den Reihen der Arbeiterklasse der Rache der Reaktion verfallen, die Gefängnisse und Zuchthäuser wurden von der reaktionären Justiz mit den Verteidigern der Republik gefüllt, in ununterbrochener Folge sehen sich die Bluttaten fort, bis jetzt der Mord an Erzberger auch den Vertrauensvollsten die Augen darüber geöffnet hat, wohin der Weg der Reaktion zielt.

Diese feile und feige Presse, die jetzt um die Erhaltung ihrer Freiheiten jammert, sieht ihr Ideal in der Auf- richtung eines Zuchthausstaates, in dem nur eine Meinung





